

1 Einleitung

Die Europäische Union (im Folgenden EU), deren Entwicklungsgeschichte auf die Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgeführt werden kann, ist ein aktiver und von der Form her beispielloser Akteur in den internationalen Beziehungen. Im Laufe der letzten sechzig Jahre ist die europäische Integration durch die EU und ihre Vorgänger allmählich in mehreren Bereichen konkretisiert worden. Während die Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration weiter läuft, erhält die EU zunehmend mehr Befugnisse. Die Zahl ihrer Mitgliedsstaaten ist von 12 bei ihrer offiziellen Gründung im Jahr 1993 auf 27 seit dem 1. Januar 2007 gewachsen. Aktuell hat die EU 493 Millionen Einwohner und damit die drittgrößte Bevölkerung eines Staatesgebildes der Welt – nur übertroffen von China und Indien. 2004 lag das BIP der EU über dem der USA. Nach der erfolgreichen, über fünfzigjährigen Integration ist die EU in den internationalen Beziehungen ein unübersehbarer Akteur geworden, obwohl sie offiziell erst 1993 mit dem Maastrichter Vertrag gegründet worden war. In Hinsicht auf die Wirtschaft beruht die EU auf dem kapitalistischen Marktsystem und in Hinsicht auf die Politik tritt sie für Demokratie und die damit einhergehenden Werte und Prinzipien ein und setzt diese Merkmale bei Staaten als Voraussetzung dafür voraus, Mitglied der EU werden zu können.

Die Volks Republik China (im Folgenden die VR China oder China), die im Jahr 1949 von der Kommunistischen Partei Chinas auf dem chinesischen Festland gegründet wurde, ist heute mit 1,2 Milliarden Einwohnern das Land mit der größten Bevölkerung in der Welt und hat in den letzten 15 Jahren ein rasantes Wirtschaftswachstum mit jährlich fast zweistelligem Wachstum des BIP verzeichnet. Der Aufschwung Chinas in den internationalen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist unverkennbar. Aber im Gegensatz zur EU ist die VR China ein autoritärer Staat, der auf einem Einparteiensystem beruht, und vertritt in Politik und Gesellschaft vielfach andere Werte als die EU. Nach 1949 hat China zunächst ein planwirtschaftliches System unter kommunistischer Führung eingeführt. Erst Ende der siebziger Jahre begann Deng Xiaoping wirtschaftliche Reformen umzusetzen, die eine Überleitung der Planwirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft herbeiführten, in der allerdings bis heute manipulative Einflüsse des Einparteiensystems noch nicht ganz vermeidbar sind.

Sowohl die EU als auch die VR China sind zu wichtigen Akteuren in den internationalen Beziehungen geworden. Gleichzeitig sind beide grundverschieden hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und politischen Systeme und vertreten unterschiedliche, teilweise entgegengesetzte Wertvorstellungen in Bezug auf die Menschenrechte, den Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft. Aus dem Gewicht der beiden Akteure in den internationalen Beziehungen und aus ihrem unterschiedlichen Wesen resultieren die Bedeutung und das Interesse dieser Untersuchung an einer genaueren Betrachtung der Beziehungen zwischen der EU und der VR China.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Seiten, der Europäischen Gemeinschaft (EG) als Vorgänger der EU und der VR China, wurden seit den 1970er Jahren aufgebaut. Aber erst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickelten die beiden Akteure intensivere Kontakte. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Beziehungen zwischen der EU und der VR China seit dem Anfang der 1990er Jahre bis Anfang des 21. Jahrhunderts im Fach Internationale Beziehungen sind in Deutschland jedoch noch rar und bestehen fast nur aus einzelnen Artikeln und Monografien oder Berichten zu konkreten Projekten. Die meisten diskutieren nur über bestimmte Streitpunkte oder untersuchen die Entwicklung in einem kurzen Zeitraum. Es fehlt bis jetzt eine umfangreiche, systematische und weiterführende Untersuchung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der VR China nach dem Ost-West-Konflikt. Diese Lücke will die vorliegende Forschungsarbeit schließen.

Um die große Menge von Informationen zu sortieren und systematisch zu analysieren wurden für diese Untersuchung die Theorien des Neoliberalen Institutionalismus ausgewählt. Diese Denkschule im Fach Internationale Beziehungen begann in den 1970er Jahren und resultierte vor allem aus der Reduzierung des hegemonialen Einflusses der USA in den internationalen Beziehungen. Die Vordenker strebten an, die realen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen in einer Theorie abzubilden und zu erklären. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Ansätze weiterhin zur Erklärung jüngerer Entwicklungen nutzbar sind und die Theorie die Zeit überdauert. Neben der Nutzung der Theorie zur Systematisierung der Materialien ist es somit ein zweiter Gegenstand dieser Forschungsarbeit, die Anwendbarkeit der Theorien des Neoliberalen Institutionalismus zu überprüfen. Zusammengefasst hat diese Untersuchung die folgenden Ziele:

Erstens: eine Beschreibung der Beziehungen zwischen der EU und der VR China nach dem Ost-West-Konflikt bis in den Anfang des 21. Jahrhunderts.

Zweitens: eine Erklärung, warum die Beziehungen zwischen der EU und der VR China sich in dieser Weise entwickelt haben und zu ihrem aktuellen Zustand gekommen sind.

Drittens: eine Überprüfung, ob das von Keohane und Nye vorgestellte Analysegerüst des Neoliberalen Institutionalismus anwendbar ist.

Um diese Ziele zu erreichen, werden in den folgenden Kapiteln zuerst in einem Überblick die Theorieansätze und das Analyseverfahren vorgestellt. Anschließend werden die gesammelten Materialien entsprechend den Theorieansätzen systematisiert und in mehreren Schritten analysiert. Zum Abschluss werden die Ergebnisse bezüglich der Beziehungen zwischen der EU und der VR China nach dem Ost-West-Konflikt und bezüglich der Anwendbarkeit des Neoliberalen Institutionalismus vorgestellt.

EU und VR China nach dem Ost-West-Konflikt
Interaktionen im Spiegel des Neoliberalen
Institutionalismus

Huang, H.-L.

2012, XIII, 323 S. 29 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19521-6